

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Birgit Homburger, Gudrun Kopp, Dr. Christian Eberl, Daniel Bahr (Münster), Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Belastungen von kleinen und mittleren Unternehmen durch überhöhte Strompreise

Die Liberalisierung des Energiemarktes hat zu teilweise erheblichen Strompreissenkungen geführt. Hieraus wird verschiedentlich geschlossen, dass die bereits vor der Liberalisierung durch energierechtliche Regelungen vorgesehene möglichst preisgünstige Energieversorgung nicht immer stattgefunden habe. So sei beispielsweise seitens einzelner Energieversorgungsunternehmen mittels unterschiedlicher Messmethoden für manche Kunden eine ungünstigere Stromkostenberechnung vorgenommen worden. Zu den Leidtragenden gehörten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, dass ein Energieversorger im Sommer 2001 vom Landgericht Berlin rechtskräftig dazu verurteilt wurde, einem Stromkunden gezahlte Stromkosten zu erstatten, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung dies?
2. Sind der Bundesregierung über den konkreten Fall hinaus vergleichbare Urteile bekannt, und wenn ja, welche Ergebnisse hatten diese?
3. Trifft es zu, dass Energieversorgungsunternehmen ohne gerichtliche Auseinandersetzungen kleineren gewerblichen Tarifkunden aufgrund gemeinsamer Einflussnahme von Energieberatungsagenturen und Handwerkskammern gezahlte Stromkosten erstattet haben?
4. Wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diesen Sachverhalt?
5. Sind der Bundesregierung (weitere) Projekte zwischen organisierten Interessenvertretern von KMU und Energieberatungsagenturen bekannt, im Rahmen derer überhöhte Rechnungssummen ermittelt und mit Energieversor-

gern über die Erstattung gezahlter überhöhter Stromrechnungen Einigung erzielt werden konnte?

6. Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für KMU, deren entsprechende Interessen gegenüber Energieversorgern – im Rahmen bestehender Energieversorgungsverträge – geltend zu machen und durchzusetzen?
7. Wie wirken sich die vielfältigen Beschlüsse der Bundesregierung z. B. zur Ökosteuern und zur Förderung regenerativer Energien auf die Strompreise für Tarifkunden aus, insbesondere im Vergleich zu den mit der durch die Liberalisierung des Energiemarktes erzielten Preissenkungen?

Berlin, den 17. Dezember 2002

Birgit Homburger
Gudrun Kopp
Dr. Christian Eberl
Daniel Bahr (Münster)
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Dr. Christel Happach-Kasan
Christoph Hartmann (Homburg)
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Markus Löning
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein